



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 28. Juni 1908

(Der neue Landtag in Preußen. Die auswärtige Lage und die Stimmung in Deutschland. Die Kaiserrede auf der Oceana. Das Zentrum und die auswärtige Politik.)

Der neu gewählte preussische Landtag ist am 26. Juni zum erstenmal zusammengetreten, nicht um ein großes Programm zu erledigen, sondern um der verfassungsmäßigen Form zu genügen. Es liegt im Staatsinteresse, daß sich das neue Abgeordnetenhaus möglichst bald konstituiert, und deshalb hat man die Frist, die die Verfassung für die erste Einberufung eines neu gewählten Hauses vorschreibt, gar nicht erst vollständig verstreichen lassen. Jetzt, wo der Landtag einmal versammelt gewesen ist, besteht volle Freiheit, ihn nach Bedarf zu schließen oder zu vertagen. Erst im November wird er voraussichtlich wieder zusammentreten.

In der innern Politik ist es jetzt völlig still geworden, und nur wenige Fragen sind es noch, die die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Desto mehr beschäftigt uns die auswärtige Politik und die Lage, in die sich Deutschland durch die neuesten Ereignisse in der Weltpolitik versetzt sieht. Das Bekanntwerden der Gedanken, denen der Kaiser bei seiner Ansprache an die Offiziere in Döberitz Ausdruck gegeben hatte, ist von überraschend günstiger Wirkung gewesen, obwohl der Wortlaut nirgends authentisch festgestellt worden ist. Man hatte sich durch die in einem Teil der deutschen Presse gepflegte Angstmeierei und Nörgelei wirklich in den Gedanken hineintreiben lassen, daß der Kaiser und die in seinem Namen betriebene deutsche Politik den Ereignissen auf dem Schauplatz der Weltpolitik teils mit sorglosem Optimismus, teils in vollendeter Resignation und Hilflosigkeit gegenüberstünden. In diese Stimmung fiel das Wort: „Sie sollen uns nur kommen!“ — mag es nun so oder anders gelaute haben — wie eine Erlösung. Die Vorstellung, daß das Reich allen möglichen Verwicklungen und feindseligen Mächtschaften das ruhige Bewußtsein seiner Kraft entgegensetzt, brauchte zwar eigentlich den ruhig urteilenden und unbefangenen beobachtenden Deutschen nichts Neues zu sein, aber das politische Urteil war nun einmal in weiten Kreisen verwirrt worden, sowie ja auch über Persönlichkeit und Denkweise des Kaisers noch immer falsche Anschauungen genährt werden. Aber auch wer überzeugt war, daß im Grunde jeder ehrliche Deutsche so dachte, wie es der Kaiser ausgesprochen hatte, konnte nur sehr damit einverstanden sein, daß es einmal aller Welt gerade von dieser Stelle aus gesagt wurde. Denn nachgerade mußte die Art, wie in unsrer Presse die Lage Deutschlands und die deutsche Politik dargestellt wurde, die Hoffnungen aller uns feindlichen Elemente auf die Isolierung, Einschüchterung und Ausschaltung Deutschlands so sehr verstärken, daß die Sache für uns gefährlich zu werden anfang.

Das kräftige Wort, das in Döberitz gesprochen worden ist, hat durch die Feststellung der vollständigen Übereinstimmung zwischen der ersten Stelle im Deutschen Reich und dem allgemeinen Empfinden des deutschen Volks, sozusagen, das Gleichgewicht wiederhergestellt. Es war ein bezeichnender Zug, daß sich die Menge, die den Kaiser bei seinem Erscheinen zur Regatta in Hamburg — wie schon so manches mal — begrüßte, plötzlich über die Äußerung banaler Schaulust und festlicher Hurra Stimmung hinausgehoben fühlte. Es ist etwas eignes um dieses plötzliche Bewußtwerden eines gemeinsamen Empfindens, das in Tausenden in einem Augenblick einen Gedanken weckt und nach Betätigung drängt. Aus der Volksmenge

heraus erscholl — niemals sonst war es geschehen — das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“, und dann sang man, dem mächtigen Impulse weiter folgend, die „Wacht am Rhein“.

Die Huldigung fand ihre Antwort in der Rede, die der Kaiser am Abend desselben Tages bei dem Fest des Norddeutschen Regattaver eins an Bord der Oceana in Brunsbüttelkoog hielt. „Ich habe Sie verstanden, sagte der Kaiser, es war der Druck der Freundeshand einem Manne, der entschlossen seinen Weg geht.“ Wenn diese Worte zunächst an die Hamburger gerichtet waren, so weiß doch jeder, daß sie ihre Bedeutung für das ganze deutsche Volk haben.

Es war überhaupt eine besonders bedeutsame Rede, die, an den verhältnismäßig kleinen Kreis der Teilnehmer an einem Wassersportfest gerichtet, der ganzen Welt einen verständlichen Wink geben sollte. Wer nur an die unmittelbar gegebene festliche Gelegenheit dachte, mochte wohl zuerst erstaunt sein, daß der Kaiser von dem nächsten Zweck der Veranstaltung einen Übergang fand zu der Frage der Reichsfinanzreform. Wie kam dieses gewichtige Thema der innern Reichspolitik zu der Erwähnung in einer Tischrede, die bei den Teilnehmern des Festes ganz andre Gedankenreihen voraussetzen durfte? Das Bild der Regatta weckte in dem kaiserlichen Redner den Gedanken an den Wettstreit der Völker. Wie das Barometer abwechselnd steigt und fällt, wie für den Beobachter aber, der darauf seine Entschlüsse bauen will, nicht diese Einzelbewegungen, sondern die Gesamtten denz der Bewegung maßgebend ist, so dürfen auch in den Schicksalen der Völker die Täler, die dabei zu durchschreiten sind, nicht entmutigen. „Sie sind das unvermeidliche Korrelat für den Aufschwung.“ Der Kaiser entrollte den Sportsleuten vertraute Bilder, wie die Fahrzeuge durch neue Berechnungen und Vermessungen zum Warten veranlaßt werden und dann doch mit frischer Kraft auf Grund des Studiums neuer Gesetze am Ziel erscheinen. Die Nutzenwendung war verständlich, nicht nur für die bange Gemüter, die bei jeder Schwierigkeit, der unsre Politik begegnet, um das sinkende Ansehen des Reichs jammern, sondern auch für das Ausland, wo man uns mit den Schein- und Teilerfolgen einer mißgünstigen Staatskunst dauernd zurückdrängen zu können glaubt. In dieser Verbindung erscheint die Erwähnung der Reichsfinanzreform besonders bedeutungsvoll. Denn es ist bekannt, daß im Auslande der Glaube verbreitet ist, Deutschland sei den großen Aufgaben, die es unternommen, und der Rüstung, die es zu tragen habe, finanziell nicht gewachsen und müsse über kurz oder lang an seiner Finanznot zusammenbrechen. Es ist freilich merkwürdig, wie eine so völlig unzutreffende Ansicht bei ernsthaften Leuten Glauben finden konnte. Aber zur Entschuldigung und Erklärung muß man sich sagen, daß wenig Ausländer in das komplizierte Wesen unsrer Reichsverfassung einzudringen vermögen. Wem aber das eigentümliche Verhältnis von Reich und Einzelstaaten in Deutschland ein Buch mit sieben Siegeln ist — und das ist es für die überwältigende Mehrheit der ausländischen Beurteiler —, der wird natürlich auch den wahren Grund unsrer scheinbaren „Finanznot“ niemals begreifen. Dazu kommt noch, daß die deutschen Zeitungen, die im Auslande am meisten gelesen werden, freisinnige Blätter sind. Aus ihnen schöpft das Ausland eigentlich seine Kenntnis deutscher Zustände. Unser radikaler Liberalismus hat aber jahrzehntelang seine Volkstümlichkeit im wesentlichen dadurch zu begründen gesucht, daß er bei jeder, auch der gerechtesten Forderung des Staats an die Steuerkraft der Bürger ein Zetergeschrei erhob und den allgemeinen Ruin prophezeite. Da auch der radikalste Franzose oder Engländer für solche Taktik gar kein Verständnis hat, so mußte man im Ausland allmählich wirklich glauben, daß das deutsche Volk von Steuern erdrückt sei, und daß der finanzielle Zusammenbruch über kurz oder lang kommen müsse. Die Kaiserrede aber bedeutete: Rechnet nicht darauf! Das Deutsche

Reich wird seine Finanzen auf eine gesunde Grundlage stellen; wir sind jeder Situation gewachsen, und deshalb brauchen wir auch nichts zu fürchten!

Auch das ist jedenfalls nicht ohne besondere Absicht geschehen, daß der Kaiser in nachdrücklicher Weise dem Fürsten Bülow sein Vertrauen bekundete. Das törichte Geschwätz über die mangelnde Einheit in der Leitung der deutschen Politik, über die Unzufriedenheit des Kaisers mit der Führung der Geschäfte, über die Mißerfolge der deutschen Diplomatie, für die doch der Kanzler verantwortlich sein würde — das wird jetzt einmal gründlich zum Schweigen gebracht.

Besonders rücksichtslose Quertreibereien gegen den Fürsten Bülow und die Reichspolitik gehen jetzt wieder vom Zentrum aus. Das Berliner Zentrumsorgan, die Germania, brachte dieser Tage einen flammenden Artikel gegen die auswärtige Politik der Regierung. In den heftigsten Worten wurde den „deutschen Diplomaten“ vorgeworfen, daß sie eine Politik des Vertuschens und Verheimlichens trieben. Eine Probe dieser Tonart mag folgende Stelle geben:

„Das ist die Manier des Komödianten, der noch scherzt und lacht, wenn das Haus in Flammen steht; das ist der Erfolg der Bülow'schen Politik, die noch schöne Worte hat, wenn die Tatsachen so bitter ernst sind. Unsere heutige Lage ist zum Verzweifeln ähnlich der Situation Preußens vor dem Siebenjährigen Kriege. Dahin hat uns des Fürsten Bülow Politik gebracht: keinen Freund — nur Neider und Hasser. Die reiche Bismarck'sche Erbschaft ist verschleudert; wir sind das Aschenbrödel geworden, trotz der verstärkten Wehr zu Land und zu Wasser. Fürst Bülow wollte in seiner inneren Politik das Zentrum ausschalten; er selbst aber ist jetzt in der Auslandspolitik der Kaltgestellte.“

Mit diesem letzten Satz ist das gesagt, was dem Zentrumsblatt offenbar die Hauptsache ist; hier kommt der eigentliche Grund des Zorns und der Entrüstung zutage. Hätte der Reichskanzler nicht in die Fraktionsinteressen des Zentrums mit rauher Hand eingegriffen, so wäre dieser ganze Erguß nicht über ihn gekommen. Ein anständiger Politiker, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt, wird freilich einen solchen unverhüllten Versuch, die Beurteilung der auswärtigen Politik von den Fraktionsinteressen abhängig zu machen, als schamlos empfinden. Die wilde Nachsucht des Zentrums kennt solche Scham nicht. Es ist immer nur die Partei und wieder die Partei, die ihr ganzes Denken und Empfinden regiert. Derselbe Geist, der die Partei zu Fall gebracht hat, treibt sie jetzt zu weiterem gemeinschädlichem Wirken; das Zentrum will nichts lernen und nichts vergessen. Das deutsche Volk wird sich das hoffentlich merken.

Wann ist denn diese verdammenswerte Politik, die nach der Meinung der Germania uns in eine so schlimme Lage gebracht hat, angefangen worden? Etwa erst im vorigen Jahre? Sie ist doch mindestens zurückzudatieren bis zu den Anfängen des englisch-französischen Einverständnisses. Warum hat das Zentrum damals nicht protestiert? Warum desavouierte es nicht den Freiherrn von Hertling und den Abgeordneten Spahn, als sie sich im Reichstage zu verständnisvollen Interpreten der Politik des Fürsten Bülow machten? Das Zentrum ist also Mitschuldiger an der nach seiner Meinung verderblichen Politik, und das jetzige Urteil der Germania trifft mit furchtbarer Wucht das Haupt der eignen Partei. Denn was kann es Gewissenloseres geben als eine Partei, die eine von ihr selbst als falsch und verderblich bezeichnete Politik ruhig duldet und unterstützt, der Welt ihre Zufriedenheit vorlügt, um erst dann mit der wahren Meinung hervortreten, als sie sich ihre ausschlaggebende Machtposition verschert hat? Oder hat der 13. Dezember 1906 auch die innerste Herzensmeinung, die wirkliche Überzeugung der Partei in das Gegenteil verkehrt? Wenn das etwa die Ausrede sein sollte, daß den Zentrums-
männern erst an jenem verhängnisvollen Tage die Erkenntnis aufgedämmert sein

sollte, so stellen sie ihrer eignen politischen Urteilskraft und Voraussicht das denkbar schlechteste Zeugnis aus. Dann sollten solche Politiker überhaupt schweigen. Denn man wird keine allzu hohen Begriffe von der Einsicht von Leuten haben, deren Gehirn erst zur Kritik fähig wird, wenn sie nicht mehr gefüttert und gestreichelt werden.

Der Patriotismus dieser trefflichen Leute bringt es also jetzt fertig, die Stellung Deutschlands zur mazedonischen Frage zum Unlaß giftiger Angriffe gegen die Reichspolitik zu machen. Es geschieht das in demselben Augenblick, wo alle Welt durch eine halbamtliche Rundgebung unterrichtet worden ist, daß diese Frage in der Tat die Möglichkeit von Schwierigkeiten und Verwicklungen bringt. Aber es kommt ja den Herren gar nicht darauf an, ob diese Schwierigkeiten für die deutsche Politik aus dem Wege geräumt werden, wenn nur kräftig gegen den Kanzler geheßt werden kann, der sich erlaubt hat, das Zentrum „auszuschalten“. Was die Germania über die Politik Deutschlands in der mazedonischen Frage sagt, ist teils überflüssig, teils eine Fälschung offenkundiger Tatsachen. Überflüssig ist die Mahnung, daß Deutschland im Verein mit Österreich mehr Initiative entwickeln müsse, da sich unser Verbündeter auf dem Balkan zurückgesetzt fühle. „König Eduard wird ihm zwar — so schreibt die Germania — im Sommer auch ein Reisegeßent bringen. Aber wir müssen sofort einsehen, um Hand in Hand mit dem verbündeten Österreich dessen Interessen, die den unsrigen nahe stehen, zu wahren.“ Diese Mahnung rennt offene Türen ein. Von einer Fälschung der Tatsachen aber kann man insofern reden, als die bisherige Haltung Deutschlands in der mazedonischen Frage völlig unrichtig dargestellt wird, obwohl sich der Reichskanzler im Reichstage offen darüber ausgesprochen hat. Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß sich Deutschland um die Angelegenheit nicht zu kümmern brauche, wie die Germania behauptet. Man kann vielmehr überzeugt sein, daß Deutschland für seine eignen Interessen und der seiner Verbündeten und Freunde sehr entschieden eintreten wird.

Die Amerikanisierung deutscher Politik. Wenn Theodor Roosevelt am 4. März 1909 seinen zweiten Präsidentschaftsterm beendet, so kann er zurückblickend sagen, daß die acht Jahre seiner „Herrschaft“ voller Mühe und Arbeit gewesen sind. Was hat Roosevelt in diesen acht Jahren nicht alles an Reformen im amerikanischen Wirtschaftsleben, in der amerikanischen auswärtigen Politik, in den sozialen Verhältnissen unternommen und durchzusetzen versucht! Noch auf Jahre oder Jahrzehnte hinaus werden die Amerikaner genug damit zu tun haben, die von Roosevelt begonnenen Reformen und Reformansätze in die Wirklichkeit umzusetzen.

Zu den schwierigsten Aufgaben, die sich Roosevelt gestellt hatte, gehört insbesondere die Bekämpfung der politischen Korruption. In dieser Beziehung beginnt seine Tätigkeit nicht erst als Präsident; er hat vielmehr bekanntlich schon früher, vornehmlich als Governor von Newyork, eine intensive Tätigkeit entfaltet.

In der Tat stellt sich der Kampf gegen die politische Korruption in Amerika als eine der wichtigsten, wenn auch schwierigsten Aufgaben für die politische Weiterentwicklung der großen Demokratie dar. Es müßte einen eignen Reiz gewähren, wenn jemand, der sich jahrzehntelang selbst auf diesem Gebiete praktisch betätigt hat, einmal dazu käme, seine Memoiren als „Lobbyist“ zu schreiben und herauszugeben; denn die Formen, unter denen die politische Korruption auftritt, sind äußerst mannigfaltig und entziehen sich in weitem Maße der allgemeinen Beobachtung. Von der ganz kommunen Geld-, Wald- und Wiesenbestechung über die Inaussichtstellung von Ämtern, Eisenbahnanschlußgeleisen, Freikarten hinweg zu den feinsten Mitteln des gesellschaftlichen Verkehrs lassen sich die Formen der Beeinflussung des Parlaments durch die starken Kapitalkräfte verfolgen. Lobbyist ist ja ein ganz spezieller Beruf: Lobbyisten sind alle die zahlreichen Leute, die in den Vorzimmern des Washingtoner Kapitols herumficken und die verschiedenen Abgeordneten

im Interesse irgendeiner Maßregel bearbeiten. Es kann eigentlich nur wundernehmen, daß diese Lobbyisten noch keine Union gegründet haben.

Die Gefahren einer solchen Lobby für ein Parlament sind ganz außerordentlich groß. Ihre Gefährlichkeit liegt darin, daß sie heimlich und der Öffentlichkeit unsichtbar ihre dunkeln Wege geht, und daß die öffentliche Meinung, die die beste Kontrollinstanz für jedes Parlament ist, nicht weiß, wo sie einzusetzen hat. Die Gefahren werden denn auch allmählich in der Union erkannt. Während sich früher immer nur einzelne Männer, wie Karl Schurz, gegen das System gewandt haben, beginnt neuerdings — unabhängig von der Parteistellung — eine scharfe Bewegung gegen den Lobbyismus. Bei den letzten Wahlen im Staate Missouri wurden zwar durchweg Republikaner gewählt, daneben aber der Demokrat Foll zum Governor, nur deshalb, weil er als Staatsanwalt unnachsichtlich das in Missouri allerdings besonders entwickelte Lobbytum bekämpft hat. Es ist kein Zweifel, daß es Roosevelt gelungen ist, auch in dieser Beziehung das Gewissen seiner Landsleute zu schärfen, wenngleich seine Forderung, „alle in die Parteikassen gezahlten Gelder müssen veröffentlicht werden“, noch keine Aufnahme in die Plattform der republikanischen Partei bei der letzten Nationalkonvention gefunden hat.

Von allen diesen Dingen hören wir in Deutschland und freuen uns, daß es bei uns anders ist. Ist dem wirklich so? Soll es bei uns keine Lobby geben? Sind wir in dieser Beziehung völlig frei von politischer Korruption? Wer die Zeitungen der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, wird sich leider gestehn müssen, daß einer solchen optimistischen Auffassung unsrer politischen Verhältnisse Gefahr droht. Nicht so gut organisiert ist die Sache bei uns allerdings, aber versucht wird sie auch. Wer gut aufpaßt, wird vielleicht schon bei den jetzigen Erörterungen über die Reichsfinanzreform Anfänge deutschen Lobbyismus finden können. Das erste, was bisher davon in die Öffentlichkeit gedrungen ist, sind die Vorgänge auf der Versammlung eines Vereins von Detaillisten. Da wurde mitgeteilt, „bereits zweihundert Abgeordnete hätten sich gegen jede steuerliche Belastung des Tabaks verpflichtet“. Wäre das wahr, so wäre die „Lobby“ ja schon in voller Blüte. Es ist aber selbstverständlich eine irrige Behauptung, die den durchsichtigen Zweck haben soll, andre Abgeordnete von dem unpopulären Eintreten für eine doch verlorne Maßregel abzuschrecken.

Da wird ferner behauptet, „der Abgeordnete Wiemer hätte für die freisinnige Fraktionsgemeinschaft die Zusage gegeben, daß diese nicht für eine Tabakbänderolsteuer zu haben sei“, zweifellos ebenso irrig; denn das hat Wiemer doch von seinem großen Lehrer Eugen Richter gelernt, daß man Steuerfragen nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen und nicht nach denen einzelner Interessenten behandelt. Aber weiter; derselbe Verein scheut sich nicht vor dem Versuch, offen eine direkte Lobby zu organisieren. Er hat fünf Delegierte gewählt mit dem ausgesprochenen Auftrage, in den nächsten Monaten die einzelnen Parlamentarier gegen jede Tabakbesteuerung zu bearbeiten. Jeder dieser fünf Delegierten erhält eine bestimmte Gruppe von Abgeordneten zugewiesen!

Daneben blüht eifrig die Stimmungsmache. Schon liest man in der Deutschen Destillateur-Zeitung, daß unter den Angestellten der Spirituszentrale umfangreiche Kündigungen stattgefunden hätten; nicht weniger als ungefähr hundert Angestellte hätten den „blauen Brief“ erhalten, und zwar nicht nur jüngere, sondern auch ältere Herren, die seit der Gründung der Zentrale in dieser tätig gewesen seien, natürlich nur wegen des angeblich kommenden Spiritusmonopols. Nun wird es gar nicht mehr lange dauern, dann lesen wir wieder: „ein Tabakhändler hat wegen der bevorstehenden Steuervorlage seinen Konkurs anmelden müssen“, und wenn die Kampagne lebhafter wird, vielleicht auch noch von dem Selbstmorde eines monopolbedrohten Destillateurs.

Es ist vielleicht ganz gut, schon jetzt darauf hinzuweisen, mit was für Schwierigkeiten die bevorstehende Reichsfinanzreform zu kämpfen haben wird. Dagegen wird natürlich kein vernünftiger und moderner Mensch etwas sagen, daß die Industrien, durch deren Vermittlung die neuen Steuerbeträge eingebracht werden müssen, ihre Interessen wahrnehmen und zum öffentlichen Ausdruck bringen. Was aber nicht geschehen darf, und wovon rechtzeitig gewarnt werden muß, das sind die heimlichen, privaten Beeinflussungsversuche und die generelle Stimmungsmache, um gegenüber Plänen, die man noch gar nicht kennt, auf alle Fälle die eigne Industrie zu retten. Darüber, ob eine Steuer aufzuerlegen ist, dürfen nur volkswirtschaftliche Grundsätze entscheiden, und nicht die Sonderagitation heimlich eindringender Privatinteressen.

Wir hoffen stark, daß bei diesen Amerikanisierungsversuchen unsrer Politik gegenüber jene fünf Delegierten im Parlamentsgebäude bald erfahren werden, wo Wallot das Loch gelassen hat. Wir können von den Freunden jenseits des Wassers besseres lernen und einführen.

Molinismus und Quietismus. In dem Bericht über das Buch von Desvevies im 11. Heft wird auf S. 516 der Quietismus der Frau de la Motte Guyon erwähnt und dabei die Wendung gebraucht: „Der Molinismus oder Quietismus“. Herr Dr. Strehler, der Herausgeber der Friedensblätter, erinnert mich nun daran, daß die Bezeichnung Molinismus nicht von dem durch Molinos begründeten Quietismus gebraucht zu werden pflegt, sondern von der Lehre des Jesuiten Molina, der ein Jahrhundert vor jenem gelebt hat. Molina glaubte durch die Annahme einer dreifachen Erkenntnis Gottes (*scientia simplex*, unmittelbare Anschauung; *scientia libera*, Erkenntnis des von ihm unbedingt gewollten Zukünftigen; *scientia media*, Erkenntnis des bedingt Zukünftigen: dessen, wofür sich ein freier Wille unter gegebenen Bedingungen entscheiden wird) die göttliche Vorsehung mit der menschlichen Willensfreiheit versöhnen zu können. Für uns Heutigen haben solche Spekulationen höchstens noch insofern Interesse, als ihr Mißerfolg unsre Einsicht bestätigt, daß es vergebliche Mühe ist, das Geheimnis des göttlichen Wesens und seiner Beziehungen zum Weltübel ergründen zu wollen. Alle solche Theologumena werden auch dadurch, daß eine kirchliche Behörde sie für Dogmen erklärt, noch nicht aus Hirngespinnsten in befriedigende Aufschlüsse verwandelt. Der Molinismus ist übrigens bis jetzt weder dogmatisiert noch verworfen worden.

C. J.

Cigaretten

Cigaretten sind wie Edelsteine, je höher der wirkliche Wert ist, desto bescheidener muß die Aufmachung und Fassung sein. Beweis: Salem Aleikum - Cigaretten. Preis: 3 $\frac{1}{2}$, bis 10 Pfg. das Stück. Nur echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „YENIDZE“, Inhaber: Hugo Zietz, Dresden. Über 1500 Arbeiter.

Edelsteine